



Jahresbericht 2013

Inhaltsverzeichnis

1	Bericht der Koordination	3
1.1	Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen	5
1.2	Vernehmlassungen	5
1.3	Internationale Solidarität	9
1.5	Entwicklung der Mitgliederzahlen	9
1.7	Finanzen	9
1.8	Politischer Ausblick / Jahresplanung	9
2	Bericht der Fraktion	12



Rebgasse 1, Postfach
4005 Basel
Tel./Fax 061 / 691 16 31
e-mail: sekretariat@basta-bs.ch
www.basta-bs.ch
PC 40 - 31244 - 5

Jahresbericht 2013

1 Bericht der Koordination

Das Jahr 2013 war für BastA! ein sehr erfolgreiches Jahr, auch wenn wir keine Abstimmungen gewonnen haben. Doch wir haben uns in wichtigen Themenfeldern klar positioniert, auch gegenüber der rot-grünen Regierung, und so in der Öffentlichkeit an politischem Profil gewonnen.

Ganz besonders beschäftigt hat uns im vergangenen Jahr der Themenbereich Wohnpolitik und Stadtentwicklung. So hat BastA! sich vehement für die Besetzerinnen und Besetzer des Schiessplatzes Allschwilerweiher eingesetzt und die mut- und konzeptlose Politik der Regierung scharf kritisiert. Leider konnten wir die Räumung des Geländes nicht verhindern. Weiter haben wir die Wohnraumförderinitiative des Mieterverbandes mit einem eigenen Flyer unterstützt und so deutlich gemacht, dass wir vom Kanton eine aktive Wohnpolitik erwarten. Wie wichtig das wäre, hat das Resultat zur Masseneinwanderungsinitiative einmal mehr deutlich gemacht. Die SVP argumentierte ja unter anderem mit der Verknappung des Wohnungsangebotes und steigenden Mietzinsen infolge der Zuwanderung. Eine passive Wohnpolitik, wie sie die Regierung betreibt, arbeitet letztlich den SVP-Strategen in die Hände. Umso verständlicher ist es, dass weder die Grünen noch die SP die Initiative des Mieterverbandes unterstützten.

Allein auf weiter Flur war BastA! auch mit der Unterstützung des Referendums gegen den Claraturm, zumindest was die Positionen der Parteien betrifft. In der Bevölkerung nämlich stiessen wir auf viel Zustimmung. 47% der Stimmenden lehnten den Claraturm in der Abstimmung ab. Dieses überraschende Resultat kann als grosser Erfolg gewertet werden. Erfreulich ist auch die Entwicklung, die der Konflikt um die Wagenleute genommen hat. BastA! hat sich auch hier dezidiert dafür eingesetzt, dass die Wagenleute an der Uferstrasse bleiben können. Dass die Regierung sich schliesslich zu einer Duldung der Wagenburg durchringen konnte, ist nicht zuletzt auch unserer politischen Vorarbeit zu verdanken. Und schliesslich sind BastA!-Mitglieder auch

Daneben ging fast unter, dass der Grosse Rat im Oktober auch über die Durchführung der OSZE-Ministerratskonferenz im kommenden Dezember in Basel diskutierte und fast 3 Millionen Franken für diesen Anlass, der neben den Aussenministern und ihrem Begleittross auch ein immenses Aufgebot an Sicherheitskräften in die Stadt bringen wird, bewilligte. Die Kritik von BastA! an den zu erwartenden Einschränkungen für die BewohnerInnen der Stadt deckte sich erstaunlicherweise mit kritischen Stimmen aus der SVP und der LDP.

Im Dezember wurde neben dem Budget des Kantons auch der Leistungsauftrag für die Universität behandelt. Zu Reden gab die Erhöhung der Studiengebühren, und einige VertreterInnen von BastA!, Grünen und der SP enthielten sich deshalb auch der Stimme, als es um die Genehmigung des Leistungsauftrags ging. Damit musste sich die Linke einmal mehr darauf beschränken, ein Zeichen des Protestes zu setzen. Ein Budgetpostulat, das die Übernahme der höheren Studiengebühren für StudentInnen aus Basel-Stadt durch den Kanton erreichen wollte, wurde im Januar mit grossem Mehr abgelehnt. Einzig die BastA!-GrossrätInnen und einige Grüne unterstützten dieses Postulat. Auch im neu zusammengesetzten Parlament ist die klare Haltung der BastA!-GrossrätInnen sehr wichtig, insbesondere, weil die Regierung trotz rot-grüner Mehrheit oft bürgerliche, wirtschaftsfreundliche und wenig soziale Vorlagen bringt. Es gelang uns im vergangenen Jahr durchaus, Akzente zu setzen, so zum Beispiel bei den Geschlechterquoten. Doch wir mussten auch herbe Niederlagen einstecken und fanden mit unseren Positionen oft keine Unterstützung bei anderen Parteien. Insbesondere bei den Themen Wohnen und Mieterschutz, dem Engagement für eine Stadtentwicklung, die sich nicht an der Profitmaximierung orientiert und bei der sozial schwächere nicht verdrängt werden, sowie bei Fragen der Auslagerung von staatlichen Leistungen kämpfen die BastA!-GrossrätInnen oft alleine. In den letzten Jahren erzielten jedoch mehrere massgeblich von BastA! getragene Initiativen und Referenden gute bis sehr gute Abstimmungsergebnisse. Dies zeigt uns, dass BastA! als unbestechliche Kraft nahe bei den Bedürfnissen der Bevölkerung politisiert und dass linke Politik in Basel durchaus mehrheitsfähig sein kann.

Im Namen der Fraktion: Heidi Mück

aktiv in der Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner an der Wasserstrasse. Hier geht es darum, die Absichtserklärung der Regierung auch wirklich umzusetzen und eine Wohngenossenschaft zu gründen, welche die Häuser übernehmen und sanft renovieren kann.

Auch in der Bildungspolitik befindet sich BastA! nahe am Puls der Betroffenen. So fand ein Treffen der von BastA! gestellten Schulratsmitglieder mit der Vertreterin im Erziehungsrat und der BastA!-Vertretung in der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates statt, an der die SchulrätInnen ihre Sicht der aktuellen Situation an den Schulen darlegten und mögliche politische Interventionen besprochen wurden.

Erwähnenswert ist auch das erfreulich Abstimmungsergebnis zu den Geschlechterquoten in kantonsnahen Betrieben im Februar dieses Jahres. Die Gesetzesvorlage geht auf einen politischen Vorstoss von Brigitta Gerber zurück. Basel hat damit in dieser Frage eine Pionierrolle übernommen.

Zur rot-grünen Regierungsmehrheit ist BastA! noch deutlicher als in früheren Jahren auf Distanz gegangen. Kein Wunder, kommen doch aus der rot-grünen Regierungsküche fast nur noch neoliberale Konzepte. Konkret heisst dies: Auslagerung öffentlicher Betriebe, Demokratieabbau, Deregulierung so wichtiger Bereiche wie Wohn- und Gesundheitspolitik. Welche Spätfolgen diese Politik zeitigen kann, haben die Skandale rund um Vetternwirtschaft und Selbstbedienungsmentalität im Bankrat und in den Verwaltungsräten der BVB und der IWB gezeigt.

Harsche Kritik unsererseits musste sich auch Guy Morin für seine Lobeshymne auf Syngenta gefallen lassen. Ausgerechnet der umstrittene Agro-Konzern ist als Hauptsponsor für Basels Auftritt an der Expo in Mailand ausgewählt worden. Guy Morin lobte Syngenta in den höchsten Tönen. Wie die Untersuchungen beispielsweise der Erklärung von Bern deutlich machen, ist Syngenta aber alles andere als ein Wohltäter der Menschheit.

nicht nötig seien und es genüge, statt dessen eine halbherzige Unterstützungsmöglichkeit für Wohngenossenschaften in Form einer „Kann-Formulierung“ ins Gesetz einzubauen. Der Gegenvorschlag, der die Anliegen der Initiative völlig negierte, wurde mit grossem Mehr verabschiedet und der Initiative gegenüber gestellt. Nach einem kurzen, aber heftigen Abstimmungskampf, bei dem BastA! den Mieterverband mit einer eigenen Kampagne unterstützte, wurde die Initiative im September zwar abgelehnt, erreichte aber immerhin ein sehr gutes Resultat.

An der „Bündelitagssitzung“ Ende Juni wurde wie üblich die – positive – Staatsrechnung verabschiedet. Ausserdem wurden die Berichte der Regierung zu den beiden Motionen betreffend das Beschaffungsgesetz diskutiert und das weitere Vorgehen beschlossen. Beide Motionen, die eine Verstärkung des Arbeitnehmerschutzes auf Baustellen, bei denen der Kanton beteiligt ist, beabsichtigten, wurden zwar an die Regierung überwiesen, aber nur in Form eines unverbindlichen Anzugs. Die Regierung wird nun berichten müssen, wie sie Lohndumping auf Baustellen mit Kantonsbeteiligung verhindern will.

Nach der Sommerpause folgten im September die Wahlen der Vertretungen des Grossen Rates in die Verwaltungsräte der IWB und der BVB. Der FDP gelang es dabei, den bisherigen SVP Vertreter mit einer völlig unbekanntenen Frauenkandidatur zu verdrängen. Damit sah sich diese Partei in der Pflicht, die an der gleichen Sitzung traktandiertere Frauenquote in Strategie- und Aufsichtsgremien des Kantons zu unterstützen. Die Frauenquote, die dank einer BastA!-Motion (von Brigitta Gerber) überhaupt erst von der Regierung vorgeschlagen wurde, wurde dann auch im Grossen Rat angenommen und in der Referendumsabstimmung im Februar 2014 klar bestätigt.

Im Oktober und November sorgte gleich ein weiterer Vorstoss von Brigitta Gerber für Emotionen und Schlagzeilen: Ihre Motion betreffend Einschränkung der Jagd auf Kantonsgebiet löste eine beispiellose Kampagne der Jäger und JagdfreundInnen aus, wurde über die Fraktionsgrenzen hinweg kontrovers diskutiert und dann auch abgelehnt.

2 Bericht der Fraktion

Im Berichtsjahr blieb die Zusammensetzung der Fraktion unverändert und setzte sich aus 5 BastA!-VertreterInnen und 8 Grünen zusammen.

Die erste Sitzung im Februar war zugleich der Beginn der neuen Legislatur. Der neu zusammengesetzte Grossrat musste sich zuerst finden, doch immerhin gingen die Wahlgeschäfte für die Sach- und Aufsichtskommissionen diesmal ohne nennenswerte Nebengeräusche über die Bühne, und die VertreterInnen unserer Fraktion wurden gemäss dem vorher bereinigten Fraktionsschlüssel gewählt. Danach wurden verschiedene aus BastA!-Sicht wichtige Motionen diskutiert: einerseits die Motion von Patrizia Bernasconi zur zeitgemässen paritätischen Vertretung in der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten, andererseits zwei Motionen betreffend das Beschaffungsgesetz, welche aufgrund der Lohndumpingfälle auf der Messebaustelle eingereicht worden waren. Alle drei Motionen wurden an die Regierung zur Berichterstattung überwiesen, was eine gewisse Hoffnung für die Chancen von linken Anliegen im neuen Parlament aufkommen liess.

In der März-Sitzung wurde einerseits der Gegenvorschlag zur Initiative betreffend das Kasernenareal „Öffnung zum Rhein“ verabschiedet, der dazu führte, dass die Initiative zurückgezogen wurde. Andererseits wurde der Bericht zur Initiative „Gebührenfreies und faires Mietverfahren für alle“ beraten. Bei der Frage nach der Abstimmungsempfehlung obsiegte die Ablehnungsempfehlung „dank“ Stichtscheid des Grossratspräsidenten. Die Initiative wurde im September sehr knapp an der Urne verworfen.

Im Juni debattierte der Grosse Rat ausführlich über die Initiative „Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle“ und den von der Regierung präsentierten Gegenvorschlag. Im Verlauf der Debatte wurde einmal mehr klar, dass BastA! beim Engagement für Mieterschutz und bezahlbare Mieten auf der Parteiebene keinerlei Unterstützung findet. Sowohl SP, als auch Grüne stützten die Haltung der Regierung und waren der Ansicht, dass staatliche Interventionen im Wohnungsmarkt

Alles in allem fällt die politische Bilanz für das Jahr 2013 aus Sicht von BastA! positiv aus. BastA! hat deutlich gemacht, dass auch eine kleine Partei Wirkung erzielen kann.

1.1 Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen

BastA! hat sich an diversen Mitgliederversammlungen und Koordinationssitzung vertieft mit einzelnen Themen auseinandergesetzt und dazu auch Gäste eingeladen. Am 28. Januar referierten Antoinette Voellmy, Klaus Hubmann und Patrick Tschudin zur Entwicklung auf dem Erlennmattareal. Dabei wurde deutlich, dass wenig von dem, was uns anlässlich der Abstimmung versprochen worden ist, jetzt auch umgesetzt wird. Statt Familienwohnungen entstehen vorwiegend kleine 2- und 3-Zimmerwohnungen, und auch mit der Umsetzung der ökologischen Standards hapert es. Am 31. Januar referierte Mirjam Ballmer zum Raumplanungsgesetz. Am 27. Mai war ein Vertreter des Vereins Vision Landhof bei uns zu Gast. Es ist erstaunlich, was dieser dem FCB nahe stehende Verein mit geschickter Lobby-Arbeit alles erreichen konnte. Am 18. November schliesslich erläuterte uns Thomas Grosenbacher sehr kenntnisreich und anschaulich den Basler Zonenplan. Die Koordinationssitzungen stehen übrigens allen Mitgliedern offen, nicht nur den gewählten Koordinationsmitgliedern.

Eine Veranstaltung verdient es aber, besonders hervorgehoben zu werden. Unter dem Motto „Politik braucht Kultur“ lud BastA! zu einer Benefizvorführung der Dreigroschenoper ein. Fast 80 Besucherinnen und Besucher kamen in das Marionettentheater und erlebten einen gehaltvollen und unterhaltsamen Abend. Erfreulicher Nebeneffekt: Fast 7'000 Franken blieben uns am Schluss als Reingewinn. In diesem Zusammenhang geht ein herzliches Dankeschön an Adrian Schriel, der beim Stück Regie führte und diesen Anlass erst ermöglicht hat, und an Monica Nobel und Rainer Schillinger, die den Apéro spendiert haben.

1.2 Vernehmlassungen

BastA! hat sich im Rahmen von Vernehmlassungen zu sieben Vorlagen geäussert.

Teilrichtplan Velo 2013: BastA! begrüsst es, dass mit dem „Teilrichtplan Velo 2013“ ein umfassendes und ganzheitliches Konzept für das Velo ausgearbeitet wurde und damit ein Instrument für eine nachhaltige Velopolitik vorliegt. Doch wies BastA! darauf hin, dass die vielen Schwach- und Gefahrenstellen im Basler Velonetz seit Jahren bekannt sind, und plädierte deshalb zu einer raschen Umsetzung der im Teilrichtplan vorgesehenen Massnahmen. Auch machten wir verschiedene Änderungsvorschläge, die darauf abzielten, den Teilrichtplan präziser und verbindlicher zu formulieren.

Basel 55+: BastA! zeigte sich enttäuscht darüber, wie unverbindlich das Papier zu den Leitlinien in der Alterspolitik daherkommt, vor allem was die Umsetzung der einzelnen Massnahmen betrifft. Auch bemängelten wir, dass das Leitbild zu stark auf die Phase der Pflegebedürftigkeit fokussiert. Was es heisst, in Würde zu altern, wird zu wenig greifbar. Denn auch in der Phase vor der eigentlichen Pflegebedürftigkeit sind viele Menschen auf staatliche oder staatlich finanzierte Angebote angewiesen. Es geht ja nicht nur darum, mit möglichst geringem Aufwand die letzten Lebensjahre eines Menschen zu verwalten. Unseres Erachtens wäre es beispielsweise dringend, in den Quartieren umfassende integrierte Grundversorgungsmodelle zu verwirklichen, also Institutionen einzurichten, wo unter einem Dach medizinische Beratung, Beratung in den Bereichen Spitex und Sozialversicherungen und die Vermittlung von Pflegebetten angeboten wird.

Totalrevision Pensionskassengesetz: BastA! kritisierte, dass der vorliegende Gesetzesentwurf die Pensionskasse einseitig zu Lasten der Versicherten sanieren will. Das aktuelle Gesetz sieht aber vor, dass Sanierungen paritätisch getragen werden. Mit der Erhöhung des Rücktrittsalters um zwei Jahre tragen die Arbeitnehmenden die Hauptlast der Sanierung. Im Sinne einer paritätischen Lastenverteilung schlug BastA! vor, das Rücktrittsalter statt auf 65 nur auf 64 Jahre zu erhöhen. Im Gegenzug sollte der Kanton die dann zur Sanierung der Kasse fehlenden 2.1 Beitragsprozente finanzieren.

Aktionsplan saubere Luft: Das Ziel, die Schadstoffemissionen zu reduzieren, sollte unseres Erachtens vor allem durch eine spürbare Reduktion des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und eine gezielte

Bildungspolitik: Die Basler Schulen befinden sich nach wie vor im Umbruch. BastA! wird die konkrete Umsetzung von HarmoS und des Sonderpädagogik-Konkordates weiterhin kritisch begleiten. Hauptanliegen ist einerseits die gerechte Verteilung der vorhandenen Ressourcen. Hier wird sich BastA! dafür einsetzen, dass die Verwaltungsebene des Erziehungsdepartementes nicht weiter wächst und stattdessen genügend Unterstützung für die Lehrpersonen zur Verfügung steht. Andererseits geht es um die sorgfältige Umsetzung der Integrativen Schule. Hier ist eines der Hauptanliegen von BastA!, dass bestehende Strukturen der sonderpädagogischen Förderung, wie zum Beispiel die Einführungsklassen, nicht überstürzt aufgehoben werden.

Spannende Abstimmungsvorlagen. Auf eidgenössischer Ebene erwarten uns einige spannende Abstimmungsvorlagen. Das geht bereits am 18. Mai los mit den Abstimmung über die Mindestlohn-Initiative und den Kampfjet Gripen. Auch noch im laufenden Jahr dürfte die Ecopop-Initiative zur Abstimmung gelangen, die eine noch striktere Einwanderungsbegrenzung fordert als die Masseneinwanderungsinitiative, und dies mit „grünen“ Argumenten. Diese Initiative ist sehr gefährlich und sollte von uns nicht unterschätzt werden. Vermutlich im September schliesslich stimmen wir über die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse ab.

*Im Namen der Koordination:
Urs Müller, Präsident, und Martin Flückiger, Parteisekretär*

unterstützt wird. Wir erachten es als wenig sinnvoll, weitere Grünflächen dem Wohnungsbau zu opfern. In der Stadt gäbe es genügend bereits überbaute Areale, z. B. Industriebrachen, die umgenutzt werden könnten. Zu Diskussionen Anlass gibt aber auch der Umgang des Kantons mit kantonseigenen Böden. Nachdem der Gegenvorschlag zur Bodeninitiative im Grossen Rat knapp gescheitert ist, hat das Initiativkomitee beschlossen, eine neue Initiative zu starten, die eben diesem Gegenvorschlag entspricht. Im Wesentlichen geht es darum, dass der Kanton eigene Böden nur noch im Baurecht abgeben darf. Die Unterschriftensammlung läuft und wird von BastA! unterstützt.

Verkehrspolitik. In der Verkehrspolitik dürfte insbesondere das sogenannte „Herzstück“, also die unterirdische Schnellbahnverbindung zwischen Bahnhof SBB und Badischem Bahnhof, für Zündstoff sorgen. Etliche BastA!-Mitglieder stehen diesem enorm teuren Vorhaben sehr skeptisch gegenüber. Ein Referendum liegt in der Luft. Zu reden geben dürfte aber auch der Ausbau des Tramnetzes. Gegen die neue Tramlinie in die Erlenmatt ist bekanntlich das Referendum ergriffen worden. Sollte das Stimmvolk diese Vorhaben ablehnen, wäre vermutlich auch die neu zu schaffende Tramlinie 30 über die Johanniterbrücke gefährdet – eine Forderung der inzwischen zurückgezogenen Traminitiative. Und nicht zuletzt wird uns auch die Umsetzung des Verkehrskonzepts Innenstadt beschäftigen.

Gesundheitspolitik: Wie im Kapitel „Vernehmlassungen“ ausgeführt, lehnt BastA! die Verselbständigung des Universitären Zentrums für Zahnmedizin und dessen Fusion mit der Schul- und der Volkszahnklinik ab. Sollte diese Vorhaben im Grossen Rat eine Mehrheit finden, ist ein Referendum wahrscheinlich. Zu Diskussionen Anlass gibt aber auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie. Ein Komitee, in dem auch BastA!-Mitglieder vertreten sind, hat eine Initiative lanciert, die fordert, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrie von der Erwachsenenpsychiatrie getrennt wird und zentral in der Nähe des Kinderspitals anzusiedeln ist. BastA! unterstützt dieses Anliegen.

Förderung des öffentlichen und des Langsamverkehrs (Fussgänger, Velo) erreicht werden. BastA! kritisierte, dass im Aktionsplan die Prioritäten anders gesetzt werden und einige vorgeschlagene Massnahmen das Verkehrsaufkommen gar erhöhen dürften. Insbesondere lehnt BastA! den Bau des Gundeldingertunnels als absolut ungeeignete Massnahme zur Schadstoffreduktion ab. Zusammenfassend hielten wir fest: „Die Massnahmen, die zu einer Reduktion der Schadstoffemissionen und damit zu einer gesünderen Luft führen, sind schon lange bekannt: Die Kapazitätsreduktion des Strassennetzes durch Spurenabbau und Massnahmen wie Tempo 30 respektive Tempo 20 (Begegnungszonen) machen die Stadt für den MIV unattraktiver. Der Ausbau des Velowegnetzes und die konsequente Priorisierung des öffentlichen und des Langsamverkehrs führen zu einer stadtgerechten und umweltschonenden Mobilität ohne lästige und gesundheitsschädigende Lärm- und Schadstoffemissionen. Es fehlt nur der politische Wille, solche Massnahmen konsequent umzusetzen.“

Zahnmedizin: BastA! lehnte den Gesetzesentwurf ab, beruht er doch auf der neoliberalen Logik von New Public Management (NPM), dergemäss öffentliche Betriebe wie Privatunternehmen strukturiert und geführt werden sollen. Hauptanliegen der regierungsrätlichen Vorlage ist denn auch die rechtliche Verselbständigung des Universitären Zentrums für Zahnmedizin und dessen Fusion mit der Schul- und der Volkszahnklinik. Anstelle des öffentlichen Interesses an einer qualitativ guten, flächendeckenden zahnmedizinischen Grundversorgung treten Wettbewerbs- und Marktfähigkeiten in den Vordergrund. Nach Inkrafttreten des Gesetzes hätten die kantonalen Parlamente BS und BL im Bereich Zahnmedizin praktisch nichts mehr zu sagen. BastA! befürchtet auch Nachteile für die Patientinnen und Patienten, und nicht zuletzt müsste das Personal mit Abstrichen rechnen. Aus dem Ratschlag geht deutlich hervor, dass vor allem die Universität auf eine Fusion der öffentlichen Zahnkliniken drängt. Sie verspricht sich „durch den im Vergleich zu heute stark vergrösserten Patientenpool“ Vorteile für Lehre und Forschung. Dass Letztere in einem gewissen Interessenkonflikt zur optimalen Behandlung der Patientinnen und Patienten steht, ist bekannt. Sowohl für die Schul- wie die Volkszahnklinik sind sozial- und präventivmedizinische Anliegen wegweisend, mithin Anliegen, die

für die Universität zweitrangig sind. Die Schul- und die Volkszahnklinik sind wichtige soziale Einrichtungen, die sich bewährt und ein spezifisches Know-how angeeignet haben. Hier werden vor allem Kinder, Jugendliche und sozial respektive finanziell benachteiligte Bevölkerungsteile behandelt. BastA! sieht deshalb keinen Grund, diese sozialen Errungenschaften und dieses Know-how mit einer Fusion leichtfertig aus Spiel zu setzen.

Entwicklungskonzept Badischer Bahnhof: BastA! erachtete es vor allem als problematisch, dass das Entwicklungskonzept den Fokus einseitig auf die wirtschaftliche Verwertung des Bahnhofs, dessen Umgebung und insbesondere der Rosentalstrasse setzt. BastA! kritisierte diese einseitige Fokussierung auf die finanzielle Wertschöpfung. Die „Aufwertung“ des Gebietes um den Badischen Bahnhof dürfe nicht dazu führen, dass weniger finanzkräftige Mieterinnen und Mieter verdrängt werden. Dies gelte gleichermassen für Wohn-, Gewerbe- und kulturelle Räume.

Kantonalbankgesetz: BastA! lehnte wesentliche Neuerungen, die der Gesetzesentwurf vorsieht, ab. So waren wir nicht damit einverstanden, dass die Rolle des Eigners vollumfänglich an die Regierung übergehen soll, die dann auch den Bankrat wählt. Die Kantonalbank gehört der Basler Bevölkerung, und die Bevölkerung wird durch den Grossen Rat vertreten. Die Wahl des Bankrats und die Oberaufsicht über diesen solle daher in der Kompetenz des Grossen Rats bleiben, forderten wir. Der Grosse Rat hat auch die Eignerstrategie in den Grundzügen festzulegen. Auch forderten wir, dass die Basler Kantonalbank sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren soll. Wir verstehen die Kantonalbank als Dienstleistungsbetrieb für die hiesige Bevölkerung und in der Region tätige KMU. Das unterscheidet sie von andern, rein kommerziell ausgerichteten Banken. Die Kantonalbank solle daher in erster Linie dafür sorgen, dass die in der Region tätigen KMU zu fairen Bedingungen Kredite bekommen und der Bevölkerung eine sichere Anlage für ihr Ersparnis zur Verfügung steht. Eine Ausweitung des Tätigkeitsfeldes über die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz und das angrenzende Ausland hinaus erachteten wir als nicht zweckdienlich.

1.3 Internationale Solidarität

Ende Mai des vergangenen Jahres besuchte eine Delegation des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van die kurdischen Gebiete in der Türkei. Wir waren insbesondere zur Eröffnung des vom Verein finanziell unterstützten Bildungs- und Beratungszentrums für Frauen und Kinder in Van-Bostanici eingeladen. Die Bürgermeisterin der Gemeinde, Nezahat Ergünes, zeigte uns auf einem Rundgang aber noch weitere Projekte, die sie realisiert hat. Es ist erstaunlich, was diese Frau in ihrer 4-jährigen Amtszeit alles erreicht hat. Ein internationales Magazin hat Van-Bostanici als eine der am besten geführten Gemeinden der Welt ausgezeichnet. Von einer derartigen Regierungsbilanz können wir in Basel nur träumen. Die kurdische Partei BDP hat übrigens für die kommenden Wahlen eine Geschlechterquote von 50% eingeführt. Begründung: Es sei offensichtlich, dass die Frauen bessere Arbeit leisteten als die Männer.

1.4 Entwicklung der Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder ist im Berichtsjahr stabil geblieben. Neueintritte gab es keine, ein Mitglied ist ausgetreten.

1.5 Finanzen

Die Finanzen haben sich im Berichtsjahr erfreulich entwickelt. Die Jahresrechnung weist einem namhaften Gewinn aus, der es uns erlaubt, Rückstellungen für die Wahljahre 2015 und 2016 zu machen. Das erfreuliche Ergebnis ist vor allem Dank Mehreinnahmen bei den Mandatsabgaben zustande gekommen. Aber auch bei den Mitgliederbeiträgen und den Spenden waren die Einnahmen höher als budgetiert.

1.6 Politischer Ausblick / Jahresplanung

Wohnpolitik und Stadtentwicklung. Dieses Themenfeld wird uns auch im laufenden Jahr intensiv beschäftigen. Mit der Revision des Zonenplans werden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Problematisch sind insbesondere die geplanten Stadtrandüberbauungen im Süden (Bruderholz) und im Osten (Rankhof). Gegen diese beiden Projekte ist denn auch das Referendum ergriffen worden, das von BastA!